



Stadtrat
Stadtkanzlei
Bahnhofstrasse 25
9201 Gossau
www.stadtgossau.ch



Stadtkanzlei, Bahnhofstrasse 25, 9201 Gossau

A-Post

An die Mitglieder
des Stadtparlamentes
9200 Gossau

24. September 2020

2020-384 / 01.26.840 / 238600

Einfache Anfrage Monika Gähwiler-Brändle (SP) "Moria; Schutz und ordentliches Asylverfahren für Menschen aus dem zerstörten Flüchtlingslager"

Sehr geehrte Damen und Herren

Monika Gähwiler-Brändle (SP) reichte am 14. September 2020 die Einfache Anfrage "Moria; Schutz und ordentliches Asylverfahren für Menschen aus dem zerstörten Flüchtlingslager " ein (siehe Beilage). Der Stadtrat beantwortet diese wie folgt:

Vorbemerkungen

Ein Grossbrand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos hat die Zeltsiedlung weitgehend zerstört. Europaweit diskutieren Länder die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager. In der Schweiz haben die acht grössten Städte die Bundesbehörden aufgefordert, die Direktaufnahme von Flüchtlingen zuzulassen. Die Städte können selbst aber nicht direkt Personen aufnehmen. Dafür besteht keine rechtliche Grundlage. Beim Asylverfahren kommen die Personen über den Bund in die Schweiz. Laut den Bundesbehörden steht aber die Hilfe vor Ort im Zentrum. Es werde humanitäre Hilfe angeboten und Hilfsgüter wie Zelte, Decken und Medikamente wurden nach Griechenland geflogen. Gemäss Bund gehe es vor allem darum, unverzüglich die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge vor Ort sicherzustellen. Die Verteilung der Betroffenen in die EU-Länder hingegen stehe nicht im Vordergrund.

Weiter hat sich die Schweiz bereit erklärt, 20 von insgesamt rund 400 unbegleiteten Minderjährigen aus dem Flüchtlingscamp Moria aufzunehmen. Die EU, derzeit unter der Ratspräsidentschaft Deutschlands, hat damit begonnen, die Evakuierung der Kinder und Jugendlichen in andere EU-Staaten zu organisieren. Zwischenzeitlich ist effiziente Hilfe vor Ort angelaufen.

Frage 1

Ist der Stadtrat bereit, sich ebenfalls beim Bund dafür einzusetzen, dass die Bundesasylzentren und die kantonalen Zentren wieder stärker genutzt werden, indem den geflüchteten Menschen von Lesbos und von den anderen griechischen Inseln in der Schweiz Schutz geboten wird und ihnen damit auch ein ordentliches Asylverfahren gewährleistet werden kann?

Antwort

An der letzten Septembersession des Kantonsrats wurde eine einfache Anfrage mit einer ähnlich lautenden Fragestellung an die Regierung eingereicht. Darin wird die Regierung angefragt, ob sie bereit sei, den Bundesrat zu einem konsequenten Handeln und zur Aufnahme von Geflüchteten aus Moria aufzufordern und zu signalisieren, dass der Kanton St. Gallen bereit sei, seine Verantwortung in der Flüchtlingsbetreuung für die Flüchtlinge von Moria wahrzunehmen. Aufgrund der bestehenden Kompetenzverteilung im Asylverfahren zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden erachtet der Stadtrat ein Vorgehen auf kantonaler Ebene als zielführender. Wenn sich Kantone gegenüber dem Bund für die Aufnahme von Personen aus dem Flüchtlingscamp aussprechen, ist dies wirkungsvoller, als wenn sich Städte vereinzelt dafür aussprechen. Dies auch, weil die Verteilung von Personen im Asylverfahren vom Bund über die Kantone erfolgt und nicht direkt auf die Gemeinden. Der Stadtrat würde eine Aufforderung der St. Galler Regierung an den Bundesrat unterstützen und auch bereit sein, im Rahmen einer allfälligen Verteilung von Personen auf den Kanton St. Gallen, seinen Beitrag zu leisten.

Weiter ist die Stadt Gossau auch Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik. Diese vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen Landesteilen und setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein. Die Städteinitiative hat sich ebenfalls bereits an den Bund gewandt und den Bundesrat gebeten, sehr rasch eine nationale Konferenz unter Beteiligung von Bund, Kantonen und Kommunen einzuberufen. Dies um die akute Soforthilfe der Schweiz aufzulegen und festzulegen, welche staatliche Ebene welche Unterstützung leisten könnte. Als Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik trägt der Stadtrat dieses Vorgehen mit und ist bereit, bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen in den entsprechenden Gremien mitzuwirken.

Stadtrat

Beilagen

Einfache Anfrage